

(1) Antrag Jugendparlament Baselland

Für die 3. Sitzung des Jugendparlaments am Samstag, 11. September 2014

Antrag stellende Fraktion: Junge CVP Basel-Landschaft

Thema: Überwachungsstaat und Datenschutz – Schutz vor Cyberbullying

Erläuterung der Thematik:

Das Internet bietet einen neuen Tatort für Gewalt, Mobbing, Psychoterror und Belästigung von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen. So werden zum Beispiel Verprügelungen oder Vergewaltigungen von Menschen gefilmt und aufs Netz gestellt oder via Handy weiter verbreitet.

In Chat und Foren werden Menschen namentlich beleidigt, Fotomontagen auf Webseiten zeigen plötzlich das eigene Gesicht in pornographischen Darstellungen und per SMS werden hasserfüllte Drohungen ausgesprochen. All diese Phänomene fallen unter den Begriff Cyberbullying.

Pädagogen und Eltern sind vielfach mit diesen neuen Formen virtueller Aggression überfordert. Die strafrechtlichen Möglichkeiten greifen vielfach nicht.

Wir fordern aufgrund der oben erläuterten Problematik das Folgende:

1. *Gegenantrag der GLP, angenommen mit 19:3:1 (Ja:Nein:Enthaltungen) Stimmen:*

An den Schulen wird besser *und fächerübergreifend* über das Verhalten im Internet und dessen Folgen aufgeklärt.

2. *Gegenantrag der JFBL, angenommen mit 19:1:3 Stimmen:*

Der Kanton wird beauftragt, ein Aufklärungskonzept für das Thema Cyberbullying zu erstellen. Denkbar wären in diesem Zusammenhang Plakataktionen, kurze Aufklärungsfilme etc..

(2) Antrag Jugendparlament Baselland

Für die 3. Sitzung des Jugendparlaments am Samstag, 11. September 2010

Antrag stellende Fraktion: JFBL

Thema: Umgang mit persönlichen Daten im Internet

Erläuterung der Thematik:

Es gibt Schulen, die den Zugriff auf bestimmte Social-Community-Seiten (z.B. Facebook, Festzeit, StudiVZ) auf Computern der Schule sperren. Es ist jedoch wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler den verantwortungsbewussten Umgang mit derartigen Medien lernen, was auch beinhaltet, dass man diesen ausgesetzt sein kann und darf.

Wir fordern aufgrund der oben erläuterten Problematik das Folgende:

1. *Antrag der JFBL, angenommen mit 21:0:0 Stimmen:*

Die Schulen werden verpflichtet, Schülerinnen und Schüler über die nachhaltige Existenz der Informationen und der Unlösbarkeit der Daten im Internet aufzuklären.

2. *Gegenantrag der GLP, angenommen mit 15:6:0 Stimmen:*

Den Schulen ab Sek II wird untersagt, den Zugriff auf Social-Community-Seiten ausserhalb des Unterrichts zu blockieren.